

---

## Aussprache

---

Zum Beitrag von Walter Köpping,  
H. 2/87, S. 109-117

### Durchsetzungskraft mit gleich Glaubwürdigkeit

Ich finde es gut, daß Walter Köpping einige Probleme anspricht, die wie die Krise der Neuen Heimat den DGB mit seinen Gewerkschaften in Legitimationsschwierigkeiten gebracht haben. Es gilt, die vorhandenen Schwierigkeiten zu erörtern und schnellstens auszuräumen, damit nicht bei den auf den Nägeln brennenden Problemen, wie beispielsweise 35-Stunden-Woche, Mitbestimmung usw., uns die desorientierende Frage entgegengehalten wird: „Und was ist mit der Neuen Heimat?“ Es geht schlichtweg um die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften vor der eigenen Mitgliedschaft und in der Öffentlichkeit.

Glaubwürdigkeit ist nicht zu erzeugen durch Pressemitteilungen und öffentliche Stellungnahmen der Gewerkschaften, sondern durch sachgerechte, kompetente und durchsetzungsfähige Arbeit, die den Mitgliedern ein eigenes Engagement ermöglicht und auf veränderte Bedingungen reagiert. Hierzu bedarf es gut ausgebildeter, erfahrener hauptamtlicher Kolleginnen und Kollegen, denen durch die Organisation ausreichende Möglichkeiten der politischen und fachlichen Weiterbildung sowie ein intensiver Informationsaustausch angeboten wird.

Die geistige Beweglichkeit der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen ist gefordert und nicht die selbstabsichernde politische Starrheit, die sich in den bezeichnenden Fragen dokumentiert: „Was sagt der Bundesvorstand dazu?“ oder „Wie ist eigentlich unsere Beschlußlage?“ Ich meine damit nicht die absolute Autonomie der Hauptamtlichen von den Organisationsprinzipien, Beschlüssen oder den

Vorständen der Gewerkschaften, sondern die weitestgehendste Fach- und Entscheidungskompetenz im eigenen Aufgaben- und Sachgebiet, die ein effektives und situationsgerechtes Arbeiten erst ermöglicht.

Der Gewerkschaftssekretär darf bei den Kolleginnen und Kollegen nicht den Eindruck erwecken, als arbeite er wie ein Beamter im Rahmen begrenzter Richtlinien, was dem Gewerkschaftshaus eine Atmosphäre gleich einer Behörde verleihen würde. Gerade durch Initiative und Engagement, durch Entfaltung und Entscheidungsmöglichkeiten im eigenen Kompetenzbereich werden die Hauptamtlichen verstärkt befähigt, zu gewerkschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen, Kritik zu äußern oder entgegenzunehmen. Dies alles führt zu einer erhöhten Lebendigkeit in der Gewerkschaftsarbeit.

Eine lebendige Gewerkschaftsbewegung wird auch nicht sehenden Auges an Fragen wie Frieden und Abrüstung, Umweltbelastung, Mieterinitiativen vorbeigehen und der Gefahr unterliegen, wenn sich aus diesen starke soziale Bewegungen entwickeln, aus Gründen der Glaubwürdigkeit auf den „fahrenden Zug“ springen zu müssen und dann nur noch der „roten Laterne“ nachzuschauen. Genauso ist es mit den Aufgabenfeldern aus den Kernbereichen der Gewerkschaftsarbeit, wie zum Beispiel die Bewertung neuer Technologien mit der damit zusammenhängenden Angestelltenfrage, wie die Betreuung und Behandlung von Jugendlichen und Frauen, Ausländern, von Arbeitslosen und Rentnern usw. In diesen Fragen hat der DGB seine Sachkompetenz einzubringen, die Probleme der Betroffenen aufzunehmen, mit ihnen als gleichberechtigte Partner zu kooperieren, seine Informationsmöglichkeiten unter Einbeziehung der Kulturarbeit auszubauen, Aktivitäten zu entwickeln und auf Problemlösung zu drängen.

Es kommt für den DGB darauf an, alle Arbeitnehmergruppen (mit und ohne Erwerbstätigkeit) - seien ihre Probleme noch so differenziert - mit seiner Politik zu erfassen und zu geschlossenem Handeln anzuregen. Die engagierte Mitarbeit der ehrenamtlichen Funktionsträger ist angesichts der anstehenden Probleme in allerhöchstem Maße von Nöten, damit das Durchsetzungsvermögen des DGB samt seiner Einzelgewerkschaften gestärkt wird. Die Durchsetzungskraft des DGB ist nicht nur die solide Basis für die Gewinnung an Glaubwürdigkeit bei den eigenen Mitgliedern und in der Öffentlichkeit, sondern auch für die Erzeugung von Achtung bei seinen Gegenspielern. Auf einem CDU-Parteitag darf in Zukunft nicht mehr Gelächter über den DGB ausbrechen, wie geschehen im Herbst 1986. Es muß der Vergangenheit angehören, daß Gewerkschafter ironisch vermerken: „Unsere Forderungen sind gut, unsere Entschlüsse sind gut, unsere Beschlüsse sind gut, unsere Wahlprüfsteine sind gut, - nur durchgesetzt haben wir sie noch nicht-!“

Auf eine kurze Formel gebracht heißt das für den DGB: Durchsetzungskraft ist gleich Glaubwürdigkeit.

Für den DGB kommt es in der jetzigen Situation darauf an, Ballast abzuwerfen, der die eigene Arbeit lähmt und die eigene Durchsetzungskraft schwächt. Es ist dem Kollegen Walter Köpping zu danken, daß er mutig die Finger auf offene Wunden legt. Er hat damit zur ehrlichen Diskussion und zur konstruktiven Kritik aufgefordert. Ich kann nur hoffen, daß in seinem Sinne über die aufgeworfenen Fragen sachlich diskutiert wird und persönliche Angriffe vermieden werden.

Heinz Rittermeier,  
DGB-Jugendbildungsreferent, Leer

## Die Lappasse sind überall

Was im Kollegenkreis gesprochen und diskutiert wird, was ich bei Lesungen vor Gewerkschaftsmitgliedern erlebe, was mich bedrückt und manchmal mehr als zornig macht, und was unsere einst so starke Gewerkschaftsbewegung zum Papiertiger macht - das steht in dem Beitrag von Walter Köpping.

Ich glaube, es wäre ganz gut, diesen Beitrag in allen Gewerkschaftszeitungen zu veröffentlichen. Man sollte ihn auf Versammlungen diskutieren. Weil die darin enthaltene Aussage die ungeschminkte Wahrheit ist, fühle ich mich, wenn ich so etwas lesen kann, von dem eigenen Drang befreit, selbst darüber zu schreiben.

Ich weiß, daß solche Beiträge keinen ungeteilten Beifall finden. Ich weiß um die Probleme, weil ich ständig mittendrin bin, und es steht ganz schlecht um diese Arbeitnehmersache.

Es gibt Spitzenfunktionäre, die ihre Arbeit ganz gut machen, aber es gibt noch mehr Madenhacker. Die Lappasse sind überall.

Ich weiß um die Schuld der Vetterwirtschaftler, die ohne jede Einschränkung die Verantwortung für die jetzige geschwächte Situation der Gewerkschaften tragen und dabei mit ihren Pensionsansprüchen durchaus lappalös sind.

Walter Köpping kritisiert nicht nur, er zeigt auch Lösungen, Wege und Möglichkeiten auf, um aus dem verdammt Dilemma herauszukommen. Teilweise ist hier eine harte Linie nicht zu umgehen.

Ich begrüße diese Veröffentlichung und möchte allen Gewerkschaftsmitgliedern empfehlen, den Beitrag zu lesen und zu diskutieren. Ich möchte aber auch der Redaktion sagen: Es ist gut, daß solche Stellungnahmen möglich sind, die nicht von einem Kollegen stammen, der in der Etappe sitzt, sondern von einem Gewerkschafter, der sich immer an der Basis befand.

Herbert Berger,  
Warendorf-Hoetmar

Anmerkungen zu den Beiträgen von Gerd Elvers, H. 12/86, S. 755-765, Achim von Loesch, H. 2/87, S. 124-128 und Wilhelm Kaltenborn, H. 3/87, S. 186-190.

## Keine Geschichtsklitterung bitte!

Im Rahmen einer knappen Zuschrift ist es nicht möglich, zu den Beiträgen von Elvers, Loesch und Kaltenborn zur gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftstheorie grundsätzliche Stellung zu nehmen. Um einer Geschichtsklitterung entgegenzutreten, die für Leser ohne Vorkenntnisse entstehen könnte, ist es jedoch zumindest erforderlich, folgende Fakten in Erinnerung zu rufen:

1. Als sich 1965 die Angriffe gegen Gewerkschaftsunternehmen häuften, bat mich der Bundesvorstand des DGB, ein Buch zu schreiben, das Praxis und Aufgaben dieser Unternehmen darstellen sollte. Es erschien im März 1966 (Econ-Verlag, Düsseldorf) und wurde von der Fachpresse als „Standardwerk“ bezeichnet. Dieses Buch war die erste zusammenfassende Darstellung der Gewerkschaftsunternehmen und ihrer Probleme (Hesselbachs von den genannten Autoren wiederholt zitiertes Buch erschien erst später, von seiner ersten Auflage distanzierte sich der Verfasser selbst, die zweite kam erst 1971). Ein erheblicher Teil der Fragen, die Elvers und Kaltenborn aufwerfen, ist hier schon gestellt und beantwortet worden. Mein Buch muß ferner als die damalige offizielle Meinung des DGB und seiner Gewerkschaften zur gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft angesehen werden. Es wurde vom Bundesvorstand des DGB nicht nur seinen Dienststellen übersandt, sondern im Sommer 1966 in einer Sonderveranstaltung auf der Godesburg den über 200 gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten von Ludwig Rosenberg mit empfehlenden Worten übergeben.

2. Anhand dieses Buches hat die Gemeinwirtschaftsabteilung der BfG einen

Lichtbildervortrag mit erläuterndem Text hergestellt, der über Jahre an tausende von Kursen, Gruppen und Tagungen verliehen wurde - als die Meinung des DGB.

3. Im Jahre 1972 habe ich in einem zweiten Werk „Die Finanzen der Gewerkschaften“ (Econ-Verlag) ausführlich die Zusammenhänge zwischen dem Vermögen der Gewerkschaften selbst und ihrer Treuhandvermögen behandelt und die Risiken ihrer unternehmerischen Tätigkeit angesprochen.

4. Ferner habe ich mich, vor allem nach Gründung der BGAG 1974, alljährlich mit der Praxis der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft und der für sie angemeldeten Gemeinwirtschaftstheorie öffentlich auseinandergesetzt.

5. Schließlich wurde von mir 1984 das Buch „Der Koloß wankt?“ (Econ Verlag) veröffentlicht, in dem die entscheidenden Probleme dieser Unternehmen sehr früh kritisch analysiert wurden.

6. Elvers und Kaltenborn erwähnen diese nachprüfbareren Fakten mit keinem Wort; von Loesch erwähnt mich zumindest, ohne allerdings auf Einzelheiten einzugehen. Wer diese Fakten in Beiträgen, die sich vor allem mit der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaftsunternehmen befassen, unterschlägt, verleugnet damit einen Teil dieser Geschichte und macht sich insofern einer Geschichtsklitterung schuldig.

Wohlgemerkt: Mir geht es nicht um die Bewertung der publizistischen Beiträge, die ich in den letzten 20 Jahren zum Thema Gewerkschaftsunternehmen und ihre Theorie geleistet habe; sie überlasse ich gern dem Urteil sachverständiger Zeitgenossen. Es geht vielmehr darum, daß die genannten Autoren nicht nur, offenbar aus sachfremden Motiven, den Autor Hirche totschweigen, sondern auch jene, zugegebenermaßen verhältnismäßig geringfügigen Aktivitäten, die der DGB hinsichtlich seiner Unternehmen entfaltet hat.

7. Wenn dennoch in der Öffentlichkeit

das von den drei Autoren wiederholt zitierte Buch von Hesselbach in den Vordergrund trat, so ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß dessen Buch über lange Zeiträume auf zahlreichen Kongressen und Tagungen kostenlos verteilt wurde. Gegen die Macht des Geldes können auch Gewerkschaftspublizisten, deren Bücher verkauft werden sollen, nur schwer ankommen.

8. Seit dem Debakel um die Neue Heimat hat sich die Lage geändert. Die Gewerkschaften suchen Wege, ihren Unternehmensbesitz zu stabilisieren und mit ihren Kernaufgaben in Übereinstimmung zu bringen. Es freut mich, daß sie dabei auf Überlegungen zurückgreifen, die ich bereits vor 20 Jahren angestellt habe.

Kurt Hirche,  
Bonn

## Mit Legenden gegen Legenden - Die Produktivität geschichtlicher Erfahrungen bleibt auf der Strecke

Bei der aktuellen Debatte um die Krise der gewerkschaftlichen Genossenschaft wird kaum je seriös auf die wirkliche Entstehungsgeschichte dieser Institutionen eingegangen. Mythen werden kolportiert; schlimmer noch, bei jenen, die es wissen müßten, nämlich denen, die dort im Amt waren oder sind, wird Geschichte nur durch Rückprojektion der Nachkriegsstrukturen gewonnen. So zuletzt bei Wilhelm Kaltenborn (GMH 3/87) in einer rechthaberischen Bemerkung gegenüber Elvers (12/86): „Übrigens, einer weit verbreiteten Legende zum Trotz, auch Elvers scheint sie zu pflegen: die Neue Heimat-Gesellschaften waren niemals Genossenschaften; sie sind in den zwanziger Jahren als Kapitalgesellschaften schon gegründet worden" (S. 188).

Formal hat Kaltenborn zwar recht, doch er ist so befangen in den Sicht- und Denkweisen der Nachkriegs-NH, daß er

die Besonderheiten der Strukturen der gewerkschaftlichen Wohnungspolitik der zwanziger Jahre nicht sehen kann. Während es in der Nachkriegszeit nur noch um gemeinwirtschaftliche Einzelunternehmen *im Markt* ging, weit übertrieben die „Hechte im Karpfenteich" genannt, entwickelte sich die sozialreformerische Gemeinwirtschaft der zwanziger Jahre als *reformpolitischer Sektor* im Kapitalismus. Einzelunternehmen waren - mit Ausnahme der Volksfürsorge - vertikal und horizontal in Verbunden organisiert, die im Binnenverhältnis den Markt ausschalteten. Die Vorläuferorganisationen der NH sind also nicht die örtlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften, auf die sich die NH heute noch bezieht, vor allem die Hamburger Gründung 1926 (ihr vermeintlicher Geburtstag), sondern die Gründung des Verbundes auf Reichsebene 1924, der DEWOG-Verbund. Die Gründung dieses dreistufigen Verbundes ging auf kollektive Lernprozesse der genossenschaftlichen Wohnreformbewegung zurück. Schon vor dem Ersten Weltkrieg stellte sich heraus, daß der bisherige Typus der Wohnungsbaugenossenschaft „strukturell überfordert" war (vgl. Klaus Novy, Genossenschafts-Bewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform, Berlin 1983, S. 164 ff und 129 ff). Die Genossenschaft galt zwar als beste Organisationsform für die Bewohnerselbstverwaltung in einem ganzheitlichen Sinne; aufgrund ihres Bewohnerbezuges sowie der Ehrenamtlichkeit war sie jedoch kaum in der Lage, in großem Maße die Probleme der Bauentwicklung und -betreuung zu leisten. Dazu wurden bald sog. Sekundär-genossenschaften, gewissermaßen professionelle genossenschaftliche Serviceunternehmen meist in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft, gegründet. Für die alten linken Wohnungsbaugenossenschaften - beispielsweise Freie Scholle Berlin 1895, Paradies Berlin 1902, Freie Scholle Bielefeld 1911 usw. - entwickelte der Sozialist und Berliner Stadtbaurat Martin Wagner ein dreistufiges Verbundkonzept, das ADGB, AfA-Bund und ADB 1924 verwirklichten. Es sah eine programmatische Muttergesellschaft, die

DEWOG, auf Reichsebene vor, auf regionaler Ebene Betreuungsunternehmen (die Kaltenborn allein für die Vorläufer der NH hält) sowie schließlich in allen Siedlungen eigene Selbstverwaltungsorganisationen, d. h. entweder die schon vorhandenen gewerkschaftsnahen Genossenschaften, oder neugegründete oder genossenschaftsähnliche Verwaltungsorganisationen wie die EINFÄ in Berlin (Hufeisen-Siedlung). Zwischen 1924 und 1933 entstanden zehn regionale Betreuungsunternehmen, beispielsweise die GEHAG in Berlin, die MUWOG in München, die GE-WOBAG in Frankfurt/M., die NEULAND in Breslau, die Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft in Hamburg (1926; gilt fälschlicherweise als Geburt der NH) usw. An all diesen beteiligten sich neben der Mutter DEWOG auch die linken örtlichen Genossenschaften sowie die örtlichen Gewerkschaften und oft andere „befreundete Organisationen“ wie Konsumgenossenschaften, Bauhütten, Arbeiterbank usw. Jedenfalls war die Basiseinheit in diesem Verbund jeweils eine Verwaltungsgenossenschaft (oder ähnliche Organisation). Allein die für Brandenburg zuständige Märkische Wohnungsbau GmbH gründete in den ersten zwei Jahren 26 gewerkschaftsnahe Genossenschaften in den dortigen Kleinstädten. Die seit 1945 gänzlich verdrängte genossenschaftliche Basis des gewerkschaftlichen Verbundes wird auch darin sichtbar, daß 1926 ein eigener, der DEWOG-Revisionsverband für die linken Wohnungsbaugenossenschaften gegründet wurde, der 1932 schon knapp 200 Genossenschaften organisierte und prüfte.

In allen Groß- und Mittelstädten wurde der freigewerkschaftliche DEWOG-Verbund wirksam und hinterließ zahlreiche rechtlich selbständige, heute oft noch existierende Genossenschaften, die im Grunde ebenfalls als verlorene Vorläufer der NH gelten müssen. Zur horizontalen Verbund-Bildung in den Bauvormärkten zählten die gewerkschaftlichen Bauhütten und ihr Verband sozialer Baubetriebe (auch gänzlich vergessen), die Arbeiterbank mit ihren Bauzwischenfinanzie-

rungskrediten und die Volksfürsorge mit ersten Hypotheken. Die schönsten und geschichtsträchtigsten Reformsiedlungen der zwanziger Jahre gehen auf dieses Reformkonzept zurück, das auch von den anderen Gewerkschaftsrichtungen im kleinen Maßstab übernommen wurde. (Zur gesamten Geschichte sei auf die „Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft“ von Novy/Prinz 1985 verwiesen, die - da der Teil nach 1945 abgeschnitten wurde - nicht als Vorgeschichte der NH wahrgenommen wird).

In dieser Vorgeschichte werden Lernprozesse sichtbar, die auch beim Wiederaufbau nach 1945 hätten berücksichtigt werden sollen, so beispielsweise die zentrale Idee der Mitbestimmung und Selbstverwaltung in den Siedlungseinheiten. Daß dies kein illusionäres Konzept ist, zeigen die skandinavischen Länder. In den zwanziger Jahren gab es eine Delegation der schwedischen Baugewerkschafter, die sich in Deutschland die international beachteten Leistungen des DEWOG-Verbundes ansahen, um kurz danach das Konzept in Schweden einzuführen, wo es heute noch erfolgreich praktiziert wird. Zwei große Verbundsysteme, das der Gewerkschaften (Riksbyggen) und des Mieterschutzbundes (HSB) sorgen für Selbstverwaltung in Tausenden von Kleingenossenschaften. Kann man sich eine bessere kulturelle Basis für die gewerkschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben vorstellen als die alltägliche Praxis der Selbstverwaltung in allen Siedlungen des nicht-kommunalen sozialen Wohnungsbaues?

Es war Jürgen Habermas, der in seinem Buch zur „Neuen Unübersichtlichkeit“ (Frankfurt/M. 1986) die Vergeßlichkeit bezüglich des Kampfes um sozialen Fortschritt und sozialer Reformen als großes Problem unserer Zeit herausstellte. Wer aber Inhalte und Formen der Kämpfe, die zum Heute geführt haben, nicht kenne, der bleibe auch bezüglich des Kampfes um die Zukunft unsicher und orientierungslos. Die Hilflosigkeit in der Debatte um Konsequenzen aus dem NH-Debakel ist dafür ein ebenso hervorragender wie peinlicher Beleg. Wie tradi-

tionslos die Kräfte waren, die die NH nach 1945 aufbauten, zeigt auf symbolischer Ebene die Tatsache, daß man ausgerechnet am NS-Namen Neue Heimat (ab 1938 als Unternehmen der DAF) festhielt und nicht zurückgriff auf die Namen vor 1933. Die ganze Ahnungslosigkeit bezüglich der Prinzipien der gewerkschaftlichen Wohnreformpolitik wird auch im falschen Geburtsdatum sichtbar (1926 statt 1924). Aber viel gravierender ist der fehlende inhaltliche Rückgriff auf die Verbundidee mit der genossenschaftlichen Selbstverwaltung in den Siedlungen. Auch haben sich Gewerkschaften und NH nach 1945 nicht mehr um die aus den eigenen Reihen stammenden alten Basiseinrichtungen, nämlich die Wohnungsbaugenossenschaften, gekümmert. NH und lokale Wohnungsbaugenossenschaften wurden eher Konkurrenten in einem ungleichen Kampf - statt wie früher Kooperationspartner in einem arbeitsteiligen Verbund zu sein.

Diese Traditionslosigkeit hat auch ganz - wie von Habermas diagnostiziert - zu einer Unsicherheit und Fantasielosigkeit in Bezug auf Auffanglösungen für die NH geführt. Vom WOHNBUND, einem bundesweit agierenden Verband zur Erneuerung der Ideen des sozialen Wohnungsbaues in der Tradition der Genossenschaftsbewegung, kamen schon bald Reformvorschläge im Sinne der Verbundtraditionen und des heutigen schwedischen Modells. Sowohl in den WOHNBUND-Vorschlägen zur Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, wie auch zur Rettung des NH-Wohnungsbestandes (vgl. WOHNBUND-Journale) findet sich die Neuauflage der Idee der nicht-bauenden Verwaltungs- oder Mietergenossenschaft. Während BGAG und NH diese

Vorschläge (aus der eigenen Vorgeschichte) als indiskutabel abwehrten, wurden die WOHNBUND-Vorschläge durch die rot-grüne Koalition in Hessen auf drei Ebenen umgesetzt. Eine erste NH-Siedlung, die Heimat-Siedlung in Frankfurt mit mehr als 1100 Wohnungen, wurde vom Land gekauft, um dort erstmalig das Modell der Mietergenossenschaft zu realisieren. Im Sinne der alten Idee der vertikalen Verbundbildung wurde zur Betreuung solcher Projekte der Bestandssicherung in Bewohnerhand 1986 die Stiftung nachbarschaftlicher Träger eingerichtet, die auch die langfristige Bindung solcher Selbstverwaltungsprojekte durch Erbbaurechtsverträge absichern soll. Schließlich wurde die NH-Südwest vom Land gekauft und soll mit einer pionierhaften Unternehmensverfassung neue dezentrale Formen der Mietennitbestimmung und Siedlungselbstverwaltung im eigenen Bestand erproben. Der Prozeß der zeitgemäßen Erneuerung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft wurde also in Hessen eingeleitet. Doch schon zwei Tage nach der Hessen-Wahl kündigten CDU-Kreise an, daß man die Genossenschaftslösung für die Heimatsiedlung für „unglücklich“ halte und daß man auch die Stiftung wieder aufzulösen gedenke. Dabei - und hier schließt sich der Kreis zum Ausgangsthema der fatalen Geschichtslosigkeit und pseudohistorischen Legendenbildung - versteckte sich die CDU hinter vermeintlich inhaltlichen Argumenten, die aber nur von einem zeugen: daß sie von der Genossenschaftsidee keine Ahnung hat und nicht einmal die programmatischen Grundlinien einer christlichen Gesellschaftspolitik kennt.

Klaus Novy,  
Vorsitzender des Wohnbund, Köln/Berlin